

Untersuchung gegen die Regierung wird beantragt

KANTONSSCHULE Gegen die St. Galler Regierung soll eine Untersuchung eingeleitet werden. Die Rechtspflegekommission will dies nächste Woche dem Kantonsrat beantragen. Es geht um die Frage, wer die Studie über die Kanti-Standorte weitergegeben hat.

Die Kantonsregierung hatte nach den Sommerferien verlautbaren lassen, dass sie eine «lückenlose Aufklärung» des Falles wolle. Im Frühjahr waren nämlich vertrauliche Unterlagen zu einer Studie über die Schulstandorte Wattwil oder Uznach an die «Ostschweiz

am Sonntag» weitergegeben worden. Der Gemeindepräsident von Nesslau, Kilian Looser, hat inzwischen bestätigt, der Absender gewesen zu sein. Er ist wegen Amtsgeheimnisverletzung verurteilt worden.

Auf Kommode gefunden

Noch nicht beantwortet ist allerdings die Frage, wie Looser an die brisanten Dokumente gekommen ist. Diese sind zuvor an einer sogenannten Landsitzung der Regierung in Nesslau beraten worden und sind offensichtlich danach liegen geblieben. Looser hat gegenüber der Staatsanwaltschaft

ausgesagt, dass die Dokumente auf einer Kommode im Sitzungszimmer gelegen seien.

Die Regierung hatte eine Administrativuntersuchung gegen kantonale Mitarbeitende eingeleitet. Parallel dazu ordnete sie auch eine Disziplinaruntersuchung an, die das Verhalten von involvierten Behördenmitgliedern untersuchen soll. Die Regierung erklärte sich ausdrücklich bereit, selber Teil dieser Untersuchung zu sein. Damit eine solche Untersuchung tatsächlich eingeleitet werden kann, muss dies der Kantonsrat beschliessen. Der entsprechende Auftrag zu-

handen des Parlaments wurde in der Zwischenzeit von der Rechtspflegekommission beschlossen, teilte die St. Galler Staatskanzlei gestern mit. Eine unabhängige Person soll abklären, ob es bei der Weitergabe von Informationen zu Pflichtverletzungen gekommen ist.

Mit der Durchführung der Administrativuntersuchung soll eine unabhängige und ausserkantonale Person beauftragt werden. Diese wird von der Rechtspflegekommission bestimmt werden. Der Antrag wird nächste Woche in der Septembersession des Kantonsrats behandelt. zsz